

Allgemeine Zeitung

BAD KREUZNACH

Fit werden für die Ausbildung

CJD gewährt Einblicke in Metallwerkstatt, Lehrküche oder Kiosk. ► **SEITE 11**

Kreis soll Müll selbst abfahren

Breite Mehrheit im Werkausschuss empfiehlt Kreistag die Kommunalisierung. ► **SEITE 13**

Fades Finale in Kino

Letzter Teil der „Tribute von Panem“. ► **KULTUR**

Grüne: Windkraftgegner „Extremisten“

ENERGIEWENDE Bürgerinitiativen entrüstet über Beschimpfungen / Dachverband fordert Moratorium in Rheinland-Pfalz

Von Markus Lachmann

MAINZ. Mit dem Wind ist es so eine Sache. Am vergangenen Wochenende gab es zuviel davon. Deshalb musste ein von Bürgerinitiativen gechartertes Motorflugzeug, das über Mainz ein Banner („EEG gescheitert!“) hinter sich her zog, vorzeitig landen. EEG, das steht für „Erneuerbare-Energien-Gesetz“. Fast 50 Bürgerinitiativen in Rheinland-Pfalz und dem Saarland haben sich mittlerweile im „Bündnis Energiewende für Mensch und Natur“ zusammengeschlossen.

Der stellvertretende Vorsitzende Wolfgang Piroth schätzt die Zahl der aktiven Mitglieder im Bündnis auf 500 bis 1000. Warum die spektakuläre Flugzeug-Aktion? „Diese Energiewende ist eine wahre Luftnummer“, heißt es beim Bündnis. So sei das wichtigste Ziel – Kohlendioxid zu reduzieren – nicht erreicht. „Nicht mehr als eine Kugel Eis

sollte die Energiewende im Monat für eine Familie kosten“, heißt es auf der Homepage des Dachverbands. „Mittlerweile werden seit dem Atomausstieg 2011 die zusätzlichen Kosten für einen Durchschnittshaushalt Ende 2016 auf 540 Euro geschätzt, Tendenz steigend.“ Und auch bei der Bürgerbeteiligung seien die Ziele nicht erreicht worden.

Stattdessen müssen sich die Bürgerinitiativen im Landtag beschimpfen lassen. So hatte der Energieexperte der Grünen-Landtagsfraktion, Bernhard Braun, in einer Debatte vor einer Woche die Windkraftgegner als „Atomlobbyisten“ bezeichnet. Und weiter: Bei den Mitgliedern des bundesweiten Dachverbands „Vernunftkraft“, mit dem auch die rheinland-pfälzischen Bürgerinitiativen kooperieren, handele es sich um „Extremisten in diesem Bereich“. Es seien „Extremisten gegen Windkraft“.

Zitate noch gespeichert

Die Zitate kann man sich auf dem gespeicherten Livestream der Landtagshomepage anhören. Braun warf der CDU-Opposition in der Debatte vor, die Argumente der Windkraftgegner „1:1“ zu übernehmen. „Vernunftkraft“ veranstaltet zusammen mit dem Bündnis Energiewende am kommenden Samstag im pfälzischen Neustadt einen großen Kongress.

„Absolut inakzeptabel“ seien die Äußerungen der Grünen, findet Piroth. Am Donnerstag hatte Energieministerin Eveline Lemke (Grüne) eine Regierungserklärung zum Klimaschutz abgehalten. Was den Bürgerinitiativen aufgefalle ist: Viel sei die Rede von Wirtschaft gewesen, weniger



Die Energiewende in Rheinland-Pfalz – eine „Luftnummer“? Das sagt der Dachverband der Bürgerinitiativen.

Archivfoto: dpa

VERANSTALTUNG

► Am Samstag, 21. November, veranstalten die Bürgerinitiativen in Neustadt/Weinstraße eine große Diskussionsveranstaltung unter dem Titel: „Energiewende Erkennbar Gescheitert“. Im Saalbau sind von 10 bis 12 Uhr Infostände aufgebaut, von 12 bis 16 Uhr gibt es Vorträge und eine Diskussionsrunde mit Politikern, Windkraftexperten und Naturschützern.

► Veranstalter sind das „Bündnis Energiewende für Mensch und Natur“ (www.energiemensch-natur.de) sowie der Bundes-Dachverband „Vernunftkraft“ (www.vernunftkraft.de)

von Klimaschutz. Karl-Heinz Krummeck, ebenfalls Mitglied im Bündnis, hat sich gewundert, wie Lemke die Themen Klimaschutz und Flüchtlinge miteinander verbunden habe. „Wenn man keine Windräder baut, kommen Flüchtlinge“, spitzt er die Aussagen der Ministerin zu.

Piroth betont: Er und seine Mitstreiter seien keine Windkraftgegner und schon gar nicht

Atomkraftbefürworter. „Energiewende ja, aber nicht so.“ 1000 weitere Windräder in Rheinland-Pfalz hatten die Grünen angekündigt – da muss man die Windkraftgegner, die so nicht bezeichnet werden wollen, natürlich nach ihrem Gegenkonzept fragen. Piroth sagt: „Wir brauchen ein Moratorium.“ Er will die Zahlen wissen, „was es gekostet hat und was es gebracht hat“.

Ihm fehlt der Masterplan der Regierung. „Es werden im Porsche-Tempo Windräder errichtet und es wird im Schnecken tempo die Speicherfrage gelöst.“ Ohne grundlastfähige Kraftwerke werde man nicht auskommen. Und: „Windräder gehören nicht in den Wald“. Krummeck gehört zu den Initiatoren einer Petition im Bundestag, die auf die Zielgerade geht. Er will, dass die Kommu-

nen wieder wirkliche Entscheidungsgewalt haben. Die kommunale Selbstverwaltung sei ausgehebelt. „Wenn eine VG keine Windräder bauen will, muss das möglich sein. Die dürfen nicht gezwungen werden.“

Wobei man nicht den Eindruck hat, dass die Bürgermeister vor Ort gezwungen werden mussten. Immerhin winken lukrative Einnahmen.